



Niederschrift

Sondersitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 27.03.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:57 Uhr
Raum, Ort:	Mehrzweckhalle, Schönwalde Center, Ernst-Thälmann-Ring , 17491 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Egbert Liskow

Mitglied
Birgit Socher
Kira Wisnewski
Ibrahim Al Najjar
Johannes Barsch
Ulf Burmeister
Camille Marie Damm
Rita Duschek
Robert Gabel
Yvonne Görs
Prof. Dr. Frank Hardtke
Dr. Tjorven Hinzke
Axel Hochschild
Katharina Horn
Anja Hübner
Antonia Linea Huhn
Heiko Jaap
Dr. Jörn Kasbohm
Dr. Andreas Kerath
Thomas Kerl
Jörg König
Nikolaus Kramer
Alexander Krüger
Jörg-Uwe Krüger
Christian Kruse
Jürgen Liedtke

Prof. Dr. Markus Münzenberg
Christoph Oberst
Gerd-Martin Rappen
Stephan Reuken
Dr. Mignon Schwenke
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Prof. Dr. Madeleine Tolani
Marco Wandrey
Dr. Monique Wölk
Katja Wolter
Grit Wuschek
Ingo Ziola

Protokollant/in
Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied

Lutz Jesse	entschuldigt
Gamal Khalil	entschuldigt
Dr. Thomas Meyer	entschuldigt
Daniel Seiffert	entschuldigt
Dr. Jörg Valentin	entschuldigt

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder
Jeannette von Busse
Achim Lerm

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0744
- 6.2 Überlassung städtischer Grundstücksflächen für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft BV-V/07/0742
- 6.3 Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt BV-P-ö/07/0291
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft
- 6.4 Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-P-ö/07/0292-02
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antonia Linea Huhn
neue Version am 27.03.2023
- 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 8 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 4 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 5 Beratung der Beschlussvorlagen
- 6 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 7 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . weist auf die Verhaltensregeln während der Sitzung der Bürgerschaft hin.
- . informiert, dass zu der heute zu behandelnden Thematik ein Bürgerbegehren initiiert worden sei. Am 24.03.2023 seien ihm dazu 7.000 gesammelte Unterschriften übergeben worden.
- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream:
 - Die Sitzung werde in Videoform übertragen und das Video anschließend gespeichert.
Dem könne jederzeit widersprochen werden.
 - Die Löschung des Livestreams nach der Sitzung könne unter Angabe von Sachgründen jederzeit beantragt und vom Präsidium genehmigt werden.
 - Personen, die nicht gefilmt werden wollen, können das Mikrofon im hinteren Sitzungssaal (außerhalb des gefilmten Bereiches) nutzen. Sollte die Aufnahme der Stimme nicht gewünscht sein, können Redebeiträge schriftlich eingereicht werden.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Film- bzw. Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.
Das ist nicht der Fall.
- . begrüßt das neue Mitglied der Bürgerschaft, Herrn Marco Wandrey und verpflichtet ihn per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V).
Herr Wandrey ist für Frau Anica Jeske in die Bürgerschaft nachgerückt.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über eine nachträgliche Beschlussvorlage *„Änderung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“* (BV-V/07/0744) der Verwaltung.
- . lässt über die Aufnahme dieser Beschlussvorlage auf die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	5	einige

Die Beschlussvorlage „Änderung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-V/07/0744) wird als TOP 6.1 eingeordnet.

. teilt mit, dass zur Beschlussvorlage „Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn eine neue Version vorliege.

Frau Wuschek

. bezieht sich auf § 21 Abs. 4 der Hauptsatzung, in dem geregelt sei, dass die Ortsteilvertretungen über wichtige Planungen und Vorhaben in ihrem Ortsteil durch die Stadtverwaltung vor Beschlussfassung zu informieren seien. Im Falle des Vorhabens im Ostseevierviertel sei dies erfolgt, jedoch beispielsweise nicht in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt.

. beantragt aufgrund dessen den Abbruch der Sondersitzung. Zudem erhalte die Stadtverwaltung Zeit, um das Bürgerbegehren zu prüfen.

Herr Dr. Kerath

. hält eine formale Gegenrede

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über den Abbruch der Sitzung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	einige

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert, dass gem. § 2 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 30 Minuten für die Fragestunde vorgesehen seien. Ein Redebeitrag solle drei bis fünf Minuten nicht überschreiten.

Herr Bormann

. sagt, dass der Oberbürgermeister die Interessen der Bürger wahrnehmen sollte. Die Stimmen und Meinungen der Bevölkerung seien nicht gehört und respektiert worden. Im Gegenteil – es sei aus seiner Sicht aktiv gegen ihre Interessen und Wünsche gehandelt und wichtige Informationen zurückgehalten worden.

. fordert im Namen mehrerer Bürger politische Konsequenzen.

Die Bürger seien heute Abend anwesend, um sicherzustellen, dass die Stimmen und Unternehmen in dieser Stadt gehört werden. Es dürfe nicht über die Köpfe der Bürger und Unternehmen entschieden werden. Sie hätten ein Recht darauf, in wichtigen Angelegenheiten, die ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Stadt betreffen, beteiligt zu werden. Aufgrund dessen sei das Bürgerbegehren auf den Weg gebracht worden.

Die Stimmen der Bürger sollten gehört und ernst genommen und ihre Interessen und die der Unternehmen nicht ignoriert werden. Es bestehe der Wunsch nach einer Politik, die im Einklang mit den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger und den Unternehmen stehe. Eine Stadt solle von allen Bürgern und Unternehmen mitgestaltet werden.

Herr Leonard

. ist ein Initiator des Bürgerbegehrens und berichtet, dass das Interesse an einem Bürgerentscheid in der Bevölkerung sehr groß sei. Innerhalb von 12 Tagen seien 7.000 Unterschriften gesammelt worden.

. kritisiert, dass der Oberbürgermeister die Öffentlichkeit zu spät informiert habe. Dadurch sei das Vertrauen der Bürger erschüttert worden.

. unterstellt politische Einflussnahme auf Bürger und Unternehmen.

. hält eine Entschuldigung in der OSTSEE-Zeitung für angebracht.

. kritisiert eine Textpassage aus dem Beschlussvorschlag einer vorherigen Version der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Zank

. macht auf die von einem Containerdorf ausgehenden Gefahren insbesondere für Kinder aufmerksam, wenn dieses neben einem Schulgebäude errichtet werde.

. stellt klar, dass er keiner politischen Gesinnung angehöre.

. verdeutlicht, dass die Bürger nicht dagegen seien, zu helfen – allerdings nicht in diesem Ausmaß, wie es vorgeschlagen und vom Landrat erbeten werde.

. habe sich bei der Unterschriftensammlung mit Menschen unterhalten, die sich bereits erfolgreich integriert hätten und selbst sie hätten sich gegen eine Containerlösung ausgesprochen.

. bittet den Oberbürgermeister, Verantwortung zu übernehmen und zu zeigen, dass er der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei.

Herr Pieper

. berichtet von den Demonstrationen während der Sitzung der Ortsteilvertretung Ostseevierviertel am 27.02.2023. Das Bündnis „Greifswald für alle“ habe dort vorgeschlagen, dass Greifswalder Bürger in das Containerdorf einziehen sollten und die freiwerdenden Wohnungen den Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden. Dieser Vorschlag stehe dem inneren Frieden in der Stadt und dem friedlichen Zusammenleben der Menschen in Greifswald entgegen.

. bittet um diesbezügliche Stellungnahme des Oberbürgermeisters und der Bürgerschaft.

. moniert, dass das Asylrecht pervertiert werde.

. kritisiert eine Aussage des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Personen, die sich am Bürgerbegehren beteiligt haben.

Frau Nehmzow

. stellt sich entschieden der Aussage entgegen, dass Menschen, die das Bürgerbegehren unterstützen einer politische Richtung zugeordnet werden.

Das Bürgerbegehren sei ein demokratisches Mittel, um den Bürgerwillen zu verdeutlichen. Jeden Tag würden weitere Bürger Unterschriften leisten wollen. In Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland würden sich zunehmend mehr Menschen gegen die Migrationspolitik wehren.

. betont, dass Demokratie Volksherrschaft bedeute. Demokratie lebe von Debatten quer durch alle Meinungen und politischen Lager.

Herr Razewill

. bedankt sich bei den Initiatoren und Unterstützern des Bürgerbegehrens sowie bei der Verwaltung und den Sicherheitskräften für die Organisation und die Möglichkeit für Bürger, einen Redebeitrag zu leisten.

. stellt klar, dass er sich lediglich Sorgen um die Zukunft der Menschheit, Europas und des Landes mache. Momentan erlebe man eine Spaltung der Gesellschaft, bei der die Gräben stets tiefer würden.

Hier werde deutlich, wie schwierig es sein könne, Demokratie zu leben.

Demokratie heiße auch, sich selbst zu hinterfragen, Kompromisse einzugehen, Bedingungen auszuhandeln, aufeinander zuzugehen, den anderen zu respektieren und zu akzeptieren sowie die Gegenseite nicht zu verurteilen, nur weil diese eine andere Meinung habe. Es sollte darum gehen, gemeinsam Lösungen zu finden.

Sollte heute eine Entscheidung getroffen werden, ohne das Bürgerbegehren zu berücksichtigen, sei bei vielen das Vertrauen in die Politik und in das System erschüttert.

. bittet, die Meinungen des Volkes ernst zu nehmen.

Man könne nicht von einer guten Integration ausgehen, wenn bereits jetzt nicht genügend qualifizierte Sprachkurse angeboten werden, der Platz in den Schulen zu knapp sei, die bisherigen Unterkünfte vollständig belegt und die Menschen, die seit längerem hier untergebracht seien, nicht integriert worden seien. Eine Unterbringung in Containern habe nicht viel mit Integration zu tun.

. habe nichts dagegen, in Not geratenen Menschen zu helfen. Aber diese Hilfe müsse dringend geregelt und für die Gesellschaft handelbar gemacht werden.

. stellt mögliche alternative Lösungsansätze vor:

- Prüfung der Aufnahmekapazitäten im Vorab
- Förderung der privaten Unterbringung geflüchteter Menschen
Die für die Errichtung der Container eingeplanten 9 Mio. EUR könnten als Aufwandsentschädigung an die Menschen ausgezahlt werden, die sich dafür bereit erklären.
- Prüfung der Integrationsbereitschaft des Geflüchteten vor Bewilligung des Asylantrages durch die Zustimmung zu einer Teilnahme an einem Sprach- und Kulturkurs und anschließender Teilnahme an einer gemeinnützigen Arbeit oder einem Praktikum in einem Betrieb

Eine gewisse Gegenleistung gehöre seiner Meinung nach zu einem Solidaritätsprinzip dazu. Diese Regeln sollten klar nach außen kommuniziert werden und bei Zuwiderhandlung strafrechtliche Konsequenzen haben.

. lädt dazu ein, am Montag um 19 Uhr auf den Markt zu kommen, um dort über aktuelle Themen zu sprechen.

. fragt den Oberbürgermeister, wie er sich konkret die Integration in den Aufnahmeeinrichtungen vorstelle und was momentan die Aufgaben der Integrationshelfer seien.

Eine Einwohnerin

. berichtet, dass sie selbst als Migrantin aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sei.

. hält es für wichtig, über Gefühle und Ängste zu sprechen.

. berichtet von ihren eigenen Ängsten und betont, dass die Geflüchteten ebenso

Menschen seien.

Kultur könne viel bewegen und erinnere Menschen daran, wie viele Ähnlichkeiten sie hätten. Momentan fänden in Greifswald die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt.

. lädt alle ein, beispielsweise am 01.04.2023, mit Menschen, die nach Deutschland geflüchtet seien, die Sprache gelernt, Arbeit gefunden und sich integriert hätten, ins Gespräch zu kommen.

Frau Horn

. stellt im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Geschäftsordnungsantrag, die Fragestunde um eine halbe Stunde zu verlängern.

Herr Kramer

. hält eine Gegenrede.

Herr Liskow lässt über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	einige	1

Frau Lübbert

. teilt mit, dass sie froh darüber sei, in einem Land zu leben, in dem das Grundgesetz in Artikel 16a das Recht auf Asyl vorsehe. In diesem Land gebe es Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Kaum jemand müsse hungern oder ohne Dach über dem Kopf leben.

. hält es daher für selbstverständlich, dass Menschen, die in einer anderen Situation seien, in Deutschland um Asyl bitten könnten und dieses auch erhielten. Demzufolge sollte auch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Unterkünfte für Geflüchtete bereitstellen.

. bittet die Bürgerschaft, Möglichkeiten zu finden.

Frau Kremer

. ist stellvertretend für den Sportbund der Universitäts- und Hansestadt Greifswald anwesend und teilt mit, dass der Sportbund für ein offenes und buntes Greifswald stehe, in dem alle Menschen willkommen seien. In den Sportvereinen werde ehrenamtlich Integrationsarbeit geleistet, Spenden organisiert, bei Umzügen mit den Vereinsbussen geholfen, Sportevents für alle organisiert und geflüchtete Menschen in den Sportvereinen willkommen heißen.

. bittet die Bürgerschaft daher nachdrücklich, keine Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen. Der Abriss zweier Sporthallen stelle den Greifswalder Sport bereits vor große Herausforderungen. Der Verlust von weiteren Hallenzeiten würde das Angebot – insbesondere im Kinder- und Jugendbereich – stark einschränken.

. bittet die Bürgerschaft und den Landrat, dezentrale, menschenfreundliche Unterbringungen für Geflüchtete bereitzustellen.

Herr Vollert

. berichtet von Erfahrungen zu dieser Thematik, die er im Rahmen seiner Arbeit in Flüchtlingsunterkünften gemacht habe.

. fragt, ob erst etwas passieren müsse, bis gehandelt werde.

. schlägt vor, dass bereitwillige Menschen Geflüchtete bei sich zuhause aufnehmen, wodurch gleichzeitig ein Beitrag zur Integration geleistet werde.

. fordert den Integrationswillen von Geflüchteten

Herr Laude

. sagt, dass sich bei all den bisher erfolgten Wortbeiträgen niemand geäußert habe, der nicht bereit sei, zu helfen. Es müsse noch an Kommunikation und demokratischer Meinungsbildung gearbeitet werden.
Aber heute solle es darum gehen, für die Geflüchteten, die in Not seien, gute, menschenwürdige Unterbringungen zu finden.

Herr Volkenand

. kritisiert, dass die ersten Redner so gesprochen hätten, als würden sie für die gesamte Bevölkerung in Greifswald sprechen.
. verwehrt sich dagegen.
. sei ebenso nicht damit einverstanden, wie diese Thematik bisher abgelaufen sei.
. finde es jedoch sehr anmaßend, dem Oberbürgermeister zu unterstellen, dass er gegen demokratische Prinzipien verstoße und hier keine Demokratie mehr stattfinde. Allein die heutige Veranstaltung zeige, dass der Wille der Bürgerschaft da sei, möglichst vielen Menschen Zutritt zur Sitzung zu gewähren und sie am politischen Prozess teilhaben zu lassen.
. merkt an, dass nicht eine Fraktion vorhabe, ein Containerdorf mit 500 Geflüchteten neben der Caspar-David-Friedrich-Schule errichten zu lassen.

Ein Einwohner

. macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis in der Asylpolitik eine wichtige Rolle einnehme und bittet daher, von der Kritik am Oberbürgermeister abzusehen.
Deutschland sollte stolz darauf sein, dass Millionen Menschen zu uns gekommen seien und um Hilfe gebeten hätten.
. könne aber auch die Sorgen sehr gut verstehen.
Heute liege ein Kompromiss zur Beratung vor, der, aus seiner Sicht, für alle möglichst komfortabel sei.

4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

keine

5 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der

Bürgerschaft.

Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

Anlage 1 nichtöffentlich gefasste Beschlüsse der Bürgerschaft öffentlich

6 Beratung der Beschlussvorlagen

6.1 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0744

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Wolter

. stellt den Änderungsantrag, den Prozentsatz in der Satzung auf 5% zu reduzieren.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt über den Änderungsantrag von Frau Wolter abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	5	einige

. lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Übernachtungssteuer mit Wirkung ab 01.04.2023, die als Anlage 1 der Beschlussvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	einige	2

Anlage 1 geänd. Satzung Übernachtungssteuer Lesefassung öffentlich

Anlage 2 Synopse öffentlich

6.2 Überlassung städtischer Grundstücksflächen für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft **BV-V/07/0742**

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert, dass sich die Fraktionen darauf verständigt hätten, die folgenden drei Tagesordnungspunkte

- TOP 6.2 „*Überlassung städtischer Grundstücksflächen für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft*“ (BV-V/07/0742)
- TOP 6.3 „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291)
- TOP 6.4 „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02)

in gemeinsamer Aussprache zu behandeln.

. lässt über das Rederecht für Herrn Landrat Sack abstimmen.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

Herr Landrat Sack

. stellt eine Präsentation des Landkreises vor.

Die Präsentation ist als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt.

. informiert, dass im Ergebnis des letzten Flüchtlingsgipfels mit der Landesregierung ein Papier entstanden sei, in dem eindeutig die Aufforderung formuliert sei, dass die Unterbringung insbesondere im Umfeld und in den Ober-, Mittel- und Grundzentren erfolgen solle.

. weist bei der Vorstellung der Kapazitäten und der Auslastung in den Unterkünften darauf hin, dass bei einer Belegung von 75 Prozent von einer Vollbelegung ausgegangen werde. Dies resultiere daraus, dass in einer Gemeinschaftsunterkunft nicht alle Betten belegt werden könnten, um Konflikte zu vermeiden.

. habe sich eindeutig gegen die Belegung der Sporthalle in der Siemensallee als Alternative zur Notunterkunft in Loitz ausgesprochen, um den Schul- und Vereinssport weiterhin gewährleisten zu können. Die Schule in Loitz werde in absehbarer Zeit umgebaut, sodass hier keine Geflüchteten mehr untergebracht werden könnten. Um die Turnhallen auch weiterhin zur Verfügung stellen zu können, würden andere Unterkunftsmöglichkeiten benötigt. Mehrere Landkreise hätten gegenüber der Landesregierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Platzkapazitäten bei der Zuweisungsgeschwindigkeit nicht ausreichen würden. Das Land habe zugesagt, dass bis zu 4,5 TEUR pro Wohnung in die Sanierung investiert werden dürften. Die derzeit zur Verfügung stehenden Wohnungen wiesen jedoch einen deutlich höheren Sanierungsaufwand auf.

. betont, dass die Integration nicht in den Gemeinschaftsunterkünften stattfinden. Die Gemeinschaftsunterkunft sollte einen Rückzugsort darstellen.

Herr Kramer

. bringt die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Herr Dr. Kerath und Herr Alexander Krüger

. bringen die Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn ein.

Herr Hochschild

. ist dankbar, dass die Einwohner in Greifswald ihre Meinung offen mitteilen.
. kritisiert die derzeitige Flüchtlingspolitik.
. stellt konkrete Zahlen für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald vor: Im Landkreis gebe es derzeit 5.353 Flüchtlinge, wovon in Greifswald 2.071 (39 Prozent) untergebracht seien. Hinzu kämen die 136 Personen, die derzeit im Europa-Hotel untergebracht seien zuzüglich der 500 Personen, für die die Containerunterbringung angedacht sei. Dies ergebe eine Gesamtsumme von 2.707 Geflüchtete für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Im Verhältnis zu der Gesamtanzahl der Geflüchteten im Landkreis habe Greifswald in diesem Fall eine Quote von 46 Prozent. Demzufolge würden sich auch die Prozentzahlen der anderen Orte im Landkreis verschieben.
. bittet darum, darauf zu achten, dass es im Landkreis halbwegs gerecht zugehe. Es sollte über eine dauerhafte Lösung hinsichtlich des Migrationsaufkommens nachgedacht werden.

Herr Alexander Krüger

. ist der Meinung, dass eher über die Ursachen von Flucht gesprochen werden müsse. Zurzeit seien auf unserem Planeten 89 Mio. Menschen auf der Flucht. Sie hätten ihre Lebensgrundlage an dem jeweiligen Ort verloren. Aber was könne getan werden, damit sich diese Menschen nicht auf den Weg machen müssten? Krieg, Klimakrise, Bedrohung, Hunger und Ungleichverteilung seien Probleme, die zu lösen seien. Hierbei helfe Solidarität und nicht Abgrenzung, Ausgrenzung oder rassistische Äußerungen. Alle Menschen seien gleich und würden Verantwortung für das Miteinander und diesen Planeten tragen.

Hier herrsche Wohlstand. Die Frage, worauf der Wohlstand basiere, lasse sich u. a. mit billigem Profit, billigem Essen oder zunehmenden Eigenkapitalrenten beantworten. Der hohe CO₂-Ausstoß sowie die Klimaerwärmung trügen ebenfalls zur Fluchtbewegung bei.

In der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) gebe es das Bürgerbegehren als Mittel zur Bürgerbeteiligung. Dies sei ein hohes Gut und werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN respektiert.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne eine Unterbringung von 500 Geflüchteten in Containern ab. Durch die Unterschriften und den daraus folgenden Bürgerentscheid könne es bei Ablehnung der Verpachtung von Flächen zur Unterbringung in den Turnhallen kommen, was zum einen keine humane Unterbringung darstelle und zum anderen den Schul- und Vereinssport abermals einschränke.

. kritisiert die teilweise aufgetretene Hetze in der Bevölkerung, die zur Spaltung der Gesellschaft beitrage.

. plädiert für einen Austausch und fordert die Initiatoren des Bürgerbegehrens und die Personen, die sich daran beteiligt hätten, auf, gemeinsam, friedlich und konstruktiv nach Lösungen zu suchen, wie die Integration von Schutzsuchenden

in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald weiter gelingen könne sowie Ängste abzubauen.

Es müsse dezentraler Wohnraum bereitgestellt werden, um die Integration zu fördern.

. wirkt der Neiddebatte hinsichtlich Wohnraum entgegen und zeigt auf, dass beispielsweise in den Bebauungsgebieten 55 und 13, an der Stilower Wende und am Ernst-Thälmann-Ring neuer Wohnraum für alle Bürger*innen geschaffen werde.

Die Einbringer der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) stünden für Weltoffenheit, Humanismus und für ein gemeinsames Greifswald und träten entschieden der Spaltung der Stadt und der Gesellschaft entgegen.

Frau Dr. Schwenke

. betont, dass es in der heutigen Sondersitzung um die zukünftige Politik der Stadt im Umgang mit Geflüchteten gehe.

Die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sehe Greifswalder*innen auf der Straße, die Ängste und Sorgen vortrügen und diese würden ernst genommen. Hass und Hetze, die sich teilweise darunter mischten, lehne die Fraktion jedoch ab. Ein entscheidender Faktor für Verständnis sei die Kommunikation mit Bürger*innen vor Ort. Dies sei in diesem Fall schief gegangen. Nun müsse mit der Situation umgegangen werden, was jedoch nicht auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden dürfe.

. nennt einige Gründe der Flucht. Die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wünsche sich, dass Menschen gar nicht erst gezwungen seien, ihre Heimat zu verlassen. Aber die Ungleichheit auf der Welt wachse. Es müsse über die Ursachen des Elends in der Welt gesprochen werden. Weltweite Änderungen könnten in Greifswald nicht bewirkt werden, aber Mitmenschlichkeit liege in unserer Verantwortung. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass eine dezentrale Unterbringung der beste Weg sei, um Geflüchteten ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Niemand wolle derart große Containerdörfer. Daher müssten alle Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung geprüft und auch angenommen werden. Dies dürfe nicht an den finanziellen Mitteln scheitern. Trotzdem werde es möglicherweise Situationen geben, in der viele Geflüchtete schnell untergebracht werden müssten. In dem Fall könne einer kurzfristigen Containerlösung sicher nicht ausgewichen werden. Bei rechtzeitiger Einbeziehung der Bevölkerung könne ein friedliches Nebeneinanderleben ermöglicht werden, wie am Beispiel der Brandteichstraße ersichtlich sei. Die Menschen sollten nach ihren Vorschlägen gefragt werden. Die Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten sei allerdings keine Option.

. plädiert dafür, gemeinsam über ein menschenwürdiges Unterbringungsmanagement in Greifswald zu sprechen, damit Greifswald eine weltoffene Stadt bleibe.

Frau Wolter

. sagt, dass das Bürgerbegehren ein hohes Gut und die Basis der Demokratie darstelle. Daher finde die Fraktion BG/FDP/KfV es nicht richtig, dass zu Beschlussvorlagen gesprochen werde, ohne das bekannt sei, was die Bürger*innen wollen.

. spricht sich daher dafür aus, die Entscheidung des Bürgerentscheides abzuwarten.

Der Oberbürgermeister

. weist die Behauptung der politischen Einflussnahme entschieden zurück.

. bittet in diesem Zusammenhang um Beispiele – alles andere sei Verleumdung.

. geht auf die Aussage ein, dass es nicht demokratisch zugehe. Demokratisch bedeute, dass in den Wettstreit der Ideen getreten, diskutiert und debattiert werde und am Ende die Mehrheit entscheide.

Die Organisation einer großen Räumlichkeit für die Sitzung, um möglichst viele Menschen beteiligen zu können sowie der Livestream der Sitzungen der Bürgerschaft diene dazu, in den Wettstreit der Argumente zu treten. Den Einwohner*innen sei zusätzliche Redezeit eingeräumt worden. Dabei seien unterschiedliche Meinungen vertreten worden, was den Kern der Demokratie ausmache.

. widerspricht der Meinung, dass die Stadtverwaltung das Bürgerbegehren missachte. Am Freitag, den 24.03.2023, seien die Unterschriften offiziell übergeben worden. Bereits eine Woche vorher habe die Stadtverwaltung die Initiatoren des Bürgerbegehrens eingeladen, um sie hinsichtlich rechtlicher Rahmenbedingungen zu beraten. Die Unterschriften würden seit heute Morgen geprüft. Die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit befinde sich in Bearbeitung. Die Stadtverwaltung stehe für Gespräche zur Verfügung. Er selbst sei in der Ortsteilvertretung Ostseeviertel am 27.02.2023 anwesend gewesen und habe bei der Bürgersprechstunde Argumente mit besorgten Bürger*innen ausgetauscht.

. steht für einen fairen Dialog.

. bringt die Beschlussvorlage „*Überlassung städtischer Grundstücksflächen für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft*“ (BV-V/07/0742) der Verwaltung ein. Die Auswahl der Grundstücke sei nach folgenden Kriterien erfolgt:

- Grundstücke aus städtischen Besitz
- schnelles Schaffen von Baurecht
- Erschließung der Grundstücke sowie Anschlussmöglichkeiten für Strom und Gas

Mehrere Grundstücke seien in den Blick genommen worden. Da bisher von 500 Geflüchteten ausgegangen sei, habe man sich auf die großen Grundstücke fokussiert.

. stimmt zu, dass es nicht immer einfach sei, wenn Menschen aus einer anderen Kultur in ein anderes Land kämen – dies gelte für alle Länder. Es gebe häufig Probleme, wenn Menschen auf engem Raum zusammen seien und in neue Kulturen kämen. Sowohl bei Einheimischen als auch bei Geflüchteten ginge man gleichermaßen dagegen vor, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt gerieten. Andererseits bürge sich große Chancen dahinter. Viele Geflüchtete, die 2015/2016 in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gekommen seien, seien in Arbeit und mittlerweile wertvolle Mitarbeitende in den Betrieben. Dafür müsse man jedoch in Personal, Sprachkurse und Sozialarbeitende investieren und die Arbeitsagentur müsse entsprechend ausgestattet werden.

Die Stadtverwaltung werde alles unternehmen, um möglichst viele Personen in Wohnungen unterzubringen. Es könne jedoch passieren, dass diese Möglichkeiten nicht ausreichen und bevor auf Sporthalle zurückgegriffen werde, werde die Unterbringung in Containern in Betracht gezogen.

. bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Kerath

. ist besorgt über den politischen Diskurs, der momentan in der Stadt geführt werde und macht in diesem Zusammenhang auf die vielen Sicherheitsmaßnahmen während der Sitzung der Ortsteilvertretung Ostseeviertel am 27.02.2023, der Sondersitzung des Hauptausschusses am 02.03.2023 und der heutigen Sondersitzung der Bürgerschaft aufmerksam. Dies sei nicht das Bild von Greifswald, was die Welt sehen solle. Es schrecke Fachkräfte ab, die allerorts dringend benötigt werden. Es sei ein Trugschluss zu glauben, dass nach Deutschland nur perfekt deutsch sprechende, höchstqualifizierte Menschen kämen. Diese würden im Übrigen in ihren Heimatländern selbst benötigt. Es

würden Menschen kommen, die vor Gewalt, Kriegen, Katastrophen, Folter und den Folgen des Klimawandels hierher fliehen. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Menschen aufzufangen, aufzunehmen, auszubilden und in Arbeit zu bringen. Dieser Weg sei nicht leicht, aber alternativlos. Daher sei es wichtig, dass Geflüchtete und Einwohner diesen Weg gemeinsam gehen. Dies schließe eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung ein.

. macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn so formuliert worden sei, dass sie sich, sollte es so kommen, dem Bürgerbegehren unterordnen könne.

Allerdings sei heute klar gestellt worden, dass nicht mehr viel Zeit verbleibe.

. kündigt für die kommende Sitzung der Bürgerschaft am 20.04.2023 eine Beschlussvorlage zu einem Vertreterbegehren an.

Die Stadt stehe vor enormen Herausforderungen, die auf kommunaler Ebene bewältigt werden müssten.

Frau Wuschek

. moniert, dass die Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn kurz vor der Sitzung angepasst worden sei.

. drückt ihren Ärger über die aus ihrer Sicht nicht eingehaltenen Versprechen des Oberbürgermeisters zu Beginn seiner Amtszeit aus und die damit verbundene Entwicklung der Stadt.

. übt Kritik an dem im Jahr 2015 gegründeten Bündnis „Greifswald für alle“.

. macht darauf aufmerksam, dass die Versorgung, die Hilfestellung und die Integration zusammen bewerkstelligt werden müssten. Aber es gebe in Greifswald keinen Wohnraum und auch die Kapazitäten der Sozialarbeitenden und der Fachärzte seien begrenzt. Laut Prognosen des Landesrechnungshofes würden 63 Prozent der Kommunen am Ende des Jahres neue Höchststände bei den Krankheitstagen ihrer Mitarbeitenden aufweisen (Bericht des Nordkuriers vom 13.12.2022). Andere Branchen seien davon ebenfalls betroffen. Fakt sei, dass alle am Limit seien. Es sei unstrittig, dass Menschen geholfen werden sollte. Aber wenn die Versorgung der eigenen Bürger nicht sichergestellt werden könne, stelle sich die Frage „wie?“. Der Oberbürgermeister und die Bürgerschaft trügen zuallererst die Verantwortung für dieser Greifswalder Bürger.

. fordert den Oberbürgermeister auf seiner Verantwortung nachzukommen und die Beschlussvorlage der Verwaltung zurückzuziehen sowie dem Bürgerbegehren gerecht zu werden. Zudem solle die Verwaltung den Ortsteilvertretungen und der Bürgerschaft ein Konzept vorlegen, wie eine Integration, mit welchen Personen, welchen Arbeitskräften und in welcher konkreten Form erfolgen solle.

. könne der Beschlussvorlage der Verwaltung nicht zustimmen. Sollte diese dennoch eine zustimmende Mehrheit finden, dann nur unter Vorbehalt des Bürgerbegehrens und dem sich gegebenenfalls anschließenden Bürgerentscheids.

Herr Gabel

. geht auf die angesprochene Angst vor Messerangriffen ein und macht anhand einer genannten Statistik darauf aufmerksam, dass eine größere Anzahl solcher Angriffe von deutschen Einwohnern ausgehe.

. bittet auf derartige Vorurteile und Hetzen zu verzichten.

. spricht sich ebenfalls gegen eine Containerlösung aus.

Herr Kerl

. berichtet, dass sich Menschen mit verschiedenster, politischer Gesinnung an den Unterschriften für das Bürgerbegehren beteiligt hätten.
. ist der Meinung, dass die Integration der in der Brandteichstraße untergebrachten Personen nicht gelungen sei.
. plädiert für die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft.

Frau Horn

. sagt, dass die zu den Sitzungen vorgenommenen Sicherheitsvorkehrungen auf Zustände hinwiesen, bei denen purer Hass verbreitet werde und die den Kern der Demokratie angreifen.

. betont, dass die Bilder der Sondersitzung des Hauptausschusses am 02.03.2023 nicht das Gesicht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald widerspiegeln. Natürlich gebe es Menschen, die sich berechnete Sorgen machen. Eine erfolgreiche Integration benötige mehr als nur Wohnraum. Die Ängste würde die Politik sehr ernst nehmen. Dies sei auch ein Grund, weshalb die Änderung der Beschlussvorlage der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn erst kurzfristig eingereicht worden sei. Bis zuletzt sei daran gearbeitet worden.

Vieles liege nicht in kommunaler Hand, sondern beim Landkreis, beim Land und beim Bund, bei denen auch weiterhin auf Unterstützung gedrungen werde. Es sei jedoch keine Lösung, auf die Sporthallen zurückzugreifen und dafür den Vereins- und Schulsport einzuschränken. Dies seien Orte, an den altersgruppenübergreifend der gesellschaftliche Zusammenhalt tagtäglich gefördert werde.

Die Einbringer der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) machen sich für eine dezentrale Unterbringung stark, stellen klar, dass Menschenrechte nicht verhandelbar seien und dass Greifswald ein sicherer Hafen bleibe, bei dem niemand gegen den anderen ausgespielt werde.

Die Welt sei in Teilen grausam – Katastrophen, Krieg und Naturkatastrophen. Menschen verlören ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage. Darauf müsse man sich vorbereiten.

Mit Bürger*innenbeiräten solle die Bevölkerung intensiv mit eingebunden werden und gemeinsam tragfähige Lösungen finden.

. bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn.

Frau Prof. Dr. Tolani

. stellt fest, dass gemäß Artikel 16a Grundgesetz das Grundrecht auf Asyl nicht angetastet werden dürfe. Menschen mit berechtigtem Asylanspruch müssten in Deutschland menschenwürdig untergebracht werden. Des Weiteren werde die Kompetenzverteilung seitens der CDU-Fraktion respektiert.

. geht auf die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein und teilt mit, dass diese Beschlussvorlage aus rechtlichen Erwägungen abzulehnen sei.

. schließt sich der Aussage von Frau Wolter an, dass zu dieser konkreten Frage die Bürgerschaft nicht befinden sollte, da es ein Bürgerbegehren gebe.

Es gehe heute um die Frage, wie eine humanitäre Aufgabe verwirklicht werde, um die Verpachtung von Grundstücken und den eigenen Wirkungskreis. Dazu

gebe es ein Bürgerbegehren und dieses müsse respektiert werden.
. bedankt sich bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass der Landrat darum gebeten habe, Flächen für bis zu 500 Personen anzubieten. Im weiteren Gesprächsverlauf habe man sich darauf geeinigt, kleinere Unterbringungen vorzusehen.
Selbstverständlich würden keine Pachtverträge geschlossen, bevor der Ausgang des Bürgerbegehrens nicht feststehe. Dahingehend sei die Beschlussvorlage der Verwaltung geändert worden.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann

. geht auf die Prozeduren in der Demokratie ein. Manche meinen, sie seien das Volk und ihre Forderung müsse sofort umgesetzt werden. Daraus folgen die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen. Aber andere seien ebenfalls das Volk. Um eine Entscheidung herbeizuführen, gebe es Verfahren und eine Rechtsordnung. Es müsse auf kommunaler Ebene nach Lösungen gesucht werden.
. appelliert an alle, dass die Kommune ihrer Aufgabe gerecht werde und sie versuche, einen Weg zu finden, aus der aktuellen Notlage herauszukommen.

Frau Socher

. berichtet aus der Sitzung des Kreistages am 27.02.2023, in der eine Dringlichkeitsvorlage eingebracht worden sei, die 286 Container für geflüchtete Menschen auf der Fläche neben der Caspar-David-Friedrich-Schule vorgesehen habe. Die Mehrheit der Kreistagsmitglieder habe sich dafür ausgesprochen.
. moniert, dass die Politik nicht früher in die Diskussion einbezogen worden sei. Dies sei auch einer der Gründe, weshalb sich einige politisch Engagierte gegen die Unterbringung in Containern aussprechen.
Man müsse offen mit der Bevölkerung diskutieren und die Menschen mitnehmen.

Herr Kramer

. schließt sich Frau Socher an, dass die Kommunikation in allen Belangen sehr wichtig sei.
. entgegnet der Aussage von Frau Prof. Dr. Tolani, dass die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft rechtlich nicht möglich sei. Man könne diesen Antrag beschließen; er entfalte lediglich keine Rechtswirkung. Jedoch setze man dadurch ein Signal an den Landtag und den Landrat. Die AfD-Fraktion habe im Landtag in der letzten Woche einen Antrag zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes gestellt, der genau diesen Punkt gefordert habe. Allerdings hätten die anderen Fraktionen diesen Antrag abgelehnt.
. bedankt sich ebenfalls bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens.
. widerspricht der Aussage, dass die Geflüchteten den Arbeitsmarkt bereichern würden.
. beantragt namentliche Abstimmung für Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. fasst zusammen, dass die Unterbringung der Geflüchteten in einem Containerdorf keine Lösung darstelle. Es gehe zuallererst um die Integration. Fachkräfte gewinne man u. a., indem die Kinder der Menschen, die zu uns kämen, möglichst zeitnah integriert werden. Dafür benötige man ein Umfeld mit sozialer und integrativer Infrastruktur.

. stellt wichtige Punkte für eine Migrationspolitik vor:

- Adäquate Unterbringung der Flüchtlinge
- der Wohnort bestimme die Integration
- Kleine Unterbringungen

. erwartet von der Stadt und dem Landkreis ein Konzept, in dem Möglichkeiten für eine akzeptable Unterbringung und Integration von Geflüchteten vorgestellt werden. Das Land müsse hier mit finanziellen Mitteln flexibel unterstützen.

. verweist in der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn auf den Absatz, in dem auf den Ausgang des Bürgerbegehrens Rücksicht genommen werde.

Frau Dr. Wölk

. hebt hervor, dass in dieser Sitzung drei Themengebiete vermischt worden seien:

- Umgang mit Geflüchteten
- Umgang miteinander
- Frage nach einer Unterbringung

. erinnert an damalige Zeiten, in denen die Generationen der Großeltern teilweise auf der Flucht gewesen seien. Zu den Zeiten sei es der Bevölkerung viel schlechter gegangen.

Anscheinend seien alle derselben Ansicht, dass Containerdörfer nicht dazu beitragen, dass die Menschen gut miteinander leben und Integration überhaupt gelingen könne.

. verdeutlicht, dass es keinesfalls das Ansinnen der Einbringer der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) sei, das Bürgerbegehren in irgendeiner Form zu behindern. Im Gegenteil – viele Redner*innen hätten bereits darauf hingewiesen, dass das Bürgerbegehren wichtig sei und die Beschlussvorlage diesem durchaus nicht entgegenstehe.

Dennoch werde eine Lösung benötigt, wie die Menschen untergebracht werden könnten. Einige Vorschläge für mögliche Standorte stünden in der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn.

Herr Liedtke

. stellt seine Sicht des zeitlichen Ablaufes dieser Thematik bis zur heutigen Sitzung dar.

Diese Sondersitzung der Bürgerschaft sei seiner Meinung nach nur entstanden, weil viele Bürger am 27.02.2023 bei der Sitzung der Ortsteilvertretung Ostseevierviertel auf ihre Ansicht in Form einer Demonstration aufmerksam gemacht hätten. Die Mitglieder der Ortsteilvertretung Ostseevierviertel hätten sich einstimmig gegen den Bau des Containerdorfes auf der Fläche neben der Caspar-David-Friedrich-Sporthalle ausgesprochen.

. bedankt sich bei den Mitgliedern der Ortsteilvertretung und bei den anwesenden Bürger.

Viele Menschen hätten sich zu ihren Sorgen und Ängsten geäußert, die eine solche Entscheidung in ihnen auslösen würde.

. spricht sich entschieden gegen die Errichtung von Containern für Geflüchtete auf der Fläche neben der Caspar-David-Friedrich-Sporthalle aus. Damit stelle er sich nicht gegen Asylsuchende oder Kriegsgeflüchtete, sondern gegen die unverständliche Option, solch eine Einrichtung im Umfeld einer Schule und einer Kindertagesstätte zu errichten.

Herr Dr. Kasbohm

. weist darauf hin, dass die Fläche neben der Caspar-David-Friedrich-Sporthalle nicht mehr in der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn enthalten sei.

Herr Alexander Krüger

. fragt nach dem Vorschlag der CDU-Fraktion. Die derzeitige Herausforderung sei nur gemeinsam zu bewältigen.
. stellt klar, dass es sich bei der Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) um einen Vorratsbeschluss handele.

Herr Jörg-Uwe Krüger

. widerspricht der Aussage von Herrn Alexander Krüger, dass der Wohlstand auf Kosten von anderen erreicht worden sei.
. macht darauf aufmerksam, dass es eine Vielzahl an Wirtschaftsflüchtlingen gebe.
. ist der Meinung, dass die Spaltung der Gesellschaft durch die zunehmenden Probleme in der Bevölkerung entstünde.

Herr Hochschild

. erklärt, dass niemand etwas gegen Zuwanderung oder gegen Menschen habe, die hier arbeiten und sich ihren Lebensunterhalt verdienen wollen.
. zitiert Zahlen aus dem Jahr 2021. Hier seien 530.000 Menschen nach Deutschland gekommen. Bei 40.000 davon sei dies zu Arbeitszwecken erfolgt.
. erinnert im Zusammenhang mit Frau Dr. Schwenkes Redebeitrag daran, dass in 2015/2016 4.700 Erstaufnahmeplätze durch das Land bereit gestellt worden. Mittlerweile seien es lediglich 1.700 Plätze.

Der Präsident der Bürgerschaft

. teilt mit, dass sich die Fraktionen darauf verständigt hätten, den weitest gehenden Antrag – hier: die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft - zuerst zur Abstimmung zu stellen.
. lässt namentlich über die Beschlussvorlage „*Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald – Aufnahmestopp für die Hansestadt*“ (BV-P-ö/07/0291) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft abstimmen (siehe TOP 6.3).

Herr Hochschild

. stellt im Namen der CDU-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag, die beiden weiteren Beschlussvorlagen ebenfalls namentlich abstimmen zu lassen.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt namentlich über die Beschlussvorlage „*Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ (BV-P-ö/07/0292-02) der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Antonia Linea Huhn abstimmen (siehe TOP 6.4).

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Anlage 1 Präsentation des Landkreises öffentlich

6.3 Kein Containerdorf für Flüchtlinge in Greifswald - Aufnahmestopp für die Hansestadt **BV-P-ö/07/0291**

behandelt unter TOP 6.2

Der Präsident der Bürgerschaft lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar		X	
Herr Johannes Barsch		X	
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Camille Damm		X	
Frau Rita Duschek		X	
Herr Robert Gabel		X	
Frau Yvonne Görs		X	
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Dr. Tjorven Hinzke		X	
Herr Axel Hochschild		X	
Frau Katharina Horn		X	
Frau Anja Hübner		X	
Frau Antonia Linea Huhn		X	
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		
Herr Dr. Jörn Kasbohm		X	
Herr Dr. Andreas Kerath		X	
Herr Thomas Kerl	X		
Herr Gamal Khalil	entschuldigt		
Herr Jörg König		X	

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Nikolaus Kramer	X		
Herr Alexander Krüger		X	
Herr Jörg-Uwe Krüger	X		
Herr Christian Kruse			X
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Herr Dr. Thomas Meyer	entschuldigt		
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg		X	
Herr Christoph Oberst		X	
Herr Gerd-Martin Rappen		X	
Herr Stephan Reuken	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke		X	
Herr Daniel Seiffert	entschuldigt		
Frau Birgit Socher		X	
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann		X	
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani		X	
Herr Dr. Jörg Valentin	entschuldigt		
Herr Marco Wandrey		X	
Frau Kira Wisnewski		X	
Frau Dr. Monique Wölk		X	
Frau Katja Wolter		X	
Frau Grit Wuschek			X
Herr Ingo Ziola		X	

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert den Oberbürgermeister auf,

1. sein Angebot, dem Landkreis Vorpommern-Greifswald Grundstücke der Hansestadt Greifswald für Container-Unterkünfte zum Zweck der Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen, zurückzuziehen,
2. keinen diesbezüglichen Pachtvertrag mit dem Landkreis abzuschließen, so denn der Pachtvertrag bereits geschlossen wurde, diesen wieder aufzukündigen

3. auf den Landrat dahingehend einzuwirken, dass für den gesamten Landkreis Vorpommern-Greifswald ein Aufnahmestopp gegenüber Flüchtlingen ausgesprochen und durchgesetzt wird,
4. einen gleichlautenden Aufnahmestopp in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auszusprechen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	32	2

6.4 Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-P-ö/07/0292-02

behandelt unter TOP 6.2

Der Präsident der Bürgerschaft lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Herr Johannes Barsch	X		
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Camille Damm	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Robert Gabel	X		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Dr. Tjorven Hinzke	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Frau Katharina Horn	X		
Frau Anja Hübner	X		
Frau Antonia Linea Huhn	X		
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Thomas Kerl		X	
Herr Gamal Khalil	entschuldigt		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer		X	
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Jörg-Uwe Krüger		X	
Herr Christian Kruse		X	
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Herr Dr. Thomas Meyer	entschuldigt		
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Gerd-Martin Rappen		X	
Herr Stephan Reuken		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Herr Daniel Seiffert	entschuldigt		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann	X		
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani		X	
Herr Dr. Jörg Valentin	entschuldigt		
Herr Marco Wandrey		X	
Frau Kira Wisnewski	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Frau Grit Wuschek		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekräftigt ihren Beschluss, dass Greifswald als sicherer Hafen bereit ist, geflüchteten Menschen Schutz zu bieten. Sie verurteilt alle Versuche durch Hass, Hetze, Rassismus und Gewalt das solidarische Klima in unserer Stadt und demokratische Entscheidungsprozesse anzugreifen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt fest: eine dezentrale Unterbringung hat absoluten Vorrang.

Der Oberbürgermeister wird dementsprechend beauftragt, sich als Gesellschaftervertreter bei der WVGmbH dafür einzusetzen, dass bisher nicht genutzter Wohnraum dringend ertüchtigt wird.

Wir fordern den Landkreis auf, angebotenen dezentralen Wohnraum zur Unterbringung von Geflüchteten von der WVGmbH oder Dritten anzumieten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Unterbringungsmöglichkeiten zu erarbeiten, welche eine menschenwürdige und Integration fördernde Unterbringung von Geflüchteten gewährleisten.

Je nach Ausgang des Bürgerentscheids ("Verpachtung städtische Grundstücke der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an den Landkreis Vorpommern-Greifswald zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten"), soll die Stadt anschließend dem Kreis als letzte und möglichst kurzzeitige Lösung folgende Standorte als Flächen vorzugsweise für Unterkünfte in Modulbauweise, falls nötig aber auch für Containerunterkünfte anbieten:

- a. Festspielplatz an der Jungfernwiese
- b. Wiese in der Lise-Meitner-Straße
- c. Sportplatz in der Feldstraße 86
- d. Philipp Müller Stadion

An keinem Standort sollen mehr als 100 Personen untergebracht werden. Darüber hinaus kann die UHGW weiterhin geeignete Standorte prüfen und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorlegen.

Die Bürgerschaft stellt fest: Aufgrund der vielfachen Krisen wird es immer wieder Geflüchtete geben, die zu uns kommen. Darum müssen wir dauerhaft Kapazitäten aufbauen. Der Weg dorthin soll mit einem bürgerbegleiteten Verfahren z.B. Bürger*Innenräte gegangen werden.

Die Unterbringungsform und Begleitung der Geflüchteten durch Integrationshelfer*innen muss so gestaltet werden, dass sie die bestmögliche Integration garantiert. Insbesondere in den Bildungseinrichtungen ist dafür zusätzliches Personal vorzuhalten.

Wir appellieren an Land und Bund, unter anderem Bildungsangebote, medizinische Versorgung, Integrationsangebote auszubauen und diese ausreichend zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	17	0

7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

keine

8 Ende der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . teilt mit, dass die nichtöffentliche Sitzung entfällt.
- . beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 22:57 Uhr.

Präsident der
Bürgerschaft:

Protokollant/in:

Egbert Liskow

Sarah Wiesenberg